

Die „Freiheit“ erscheint wöchentlich mit Ausnahme der Feiertage und Festtage ausserhalb des Bezugsgebietes. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Zustellung ins Haus für Deutschland 4.— M., bei Ausland Postbezugs monatlich 4.68 M., im Ausland für Deutschland 6.50 M., für Ostpreußen 7.30 M., für Polen 12.50 M.

Redaktion und Expedition: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 2898 und 2896.

Inhaltsverzeichniss des achtzehnten Monatsheftes oder deren Raum 1,20 M., Monatsheft des achtzehnten Monatsheftes 50 Pf., jedes weitere Heft 25 Pf. Fernsprechnummer 70 Pf. Bei Samstags- u. Ferientagen wird der Zuschlag fort. Intraite für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 1 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein.

Unternehmens-Abteilung: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Norden 9768

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

#### Gute Zeiten für Mörder.

Wie wir hören, ist gegen Leutnant Marloh wegen der Erschießung von 32 unschuldigen Matrosen in der Französischen Straße Anklage wegen Totschlages erhoben. Die Verhandlung soll, wenn sie nicht noch in letzter Stunde vertagt werden sollte, bald stattfinden.

Nur wegen Totschlages, nicht etwa wegen Mordes, soll also jetzt gegen Marloh verhandelt werden! Der Justizkommissar von Moabit, die den Mördern von Mari Liebknecht und Rosa Luxemburg entweder — wie Runge — eine fidele Gefängnisstrafe oder — wie Vogel — eine lustige Reise ins Ausland gebracht hat, soll wohl jetzt eine ähnliche Veranstaltung gegen den 32fachen Matrosenmörder folgen.

Herr Marloh wird vor einem Militärgericht erscheinen, denn dank Roske und seinen Parteifreunden ist die Militärjustiz noch immer nicht abgeschafft. Herr Marloh wird als Richter seine eigenen Kameraden vorfinden — und wer wollte daran zweifeln, daß die Gerechtigkeit bei ihnen in den besten Händen ist?

#### Das Inkrafttreten des Friedensvertrages.

##### Einladung an die deutsche Regierung.

Paris, 1. November.

Der Ratserrat beschloß heute in der heutigen Vormittags-Sitzung unter Clemenceaus Vorsitz wiederum mit Maßnahmen, um den Friedensvertrag von Versailles in Kraft zu setzen. In Anwesenheit von Herrscher und Reichspräsidenten, durch eine Note die deutsche Regierung aufzufordern, in kürzester Frist Vertreter nach Paris zu entsenden, die gemeinsam mit denen der alliierten Mächte und des internationalen Generalstabes die einzelnen Maßnahmen beraten sollen, die sofort nach Inkrafttreten des Friedensvertrages von Versailles getroffen werden müssen, laut „Temps“ hauptsächlich wegen Räumung und Besetzung der abzutretenden Gebiete und der Tätigkeit der internationalen Kommissionen; auch soll die deutsche Regierung vor Inkrafttreten des Friedensvertrages ein Protokoll unterzeichnen, in dem sie erklärt, daß die noch nicht völlig erfüllten Waffenstillstandsbedingungen erfüllt werden müssen. Nach „Temps“ ist es unmöglich, die Ratifizierungsurkunden am 11. November auszutauschen.

#### Revolutionsfeier in München.

In aller Bescheidenheit meldet der „Vorwärts“ in einem versteckten Winkel seiner Sonntagsausgabe, daß das Verbot der Revolutionsveranstaltungen in München im Einverständnis mit dem Minister des Innern von den Reichswehrbehörden getroffen worden sei. Damit erübrigt sich die Erlösung einer Forderung, die die „Volkszeitung“ zur gleichen Zeit aufstellt, daß nämlich jede demokratische Regierung beweisen müsse, daß sie Herr im Hause sein müsse und nicht ein starker General.

Was die bescheidene Note des „Vorwärts“ besonders bemerkenswert macht, ist die Tatsache, daß der Minister des Innern, der gemeinschaftlich mit dem starken General die Revolutionsfeier in München verboten hat ein wahrer rechter Rechtssozialist ist. Nun reime man es sich zusammen: die Verteilung der Rechtssozialisten fördert in einem geistvollen Ruf ihre Leute auf, die Wiederkehr des Revolutionsjahres durch feierliche Veranstaltungen würdig zu begehen. Der hervorragende Rechtssozialist, der in München als Minister des Innern amtiert, weiß aber die Revolution nicht würdiger zu feiern, als durch das Verbot der Revolutionsfeier.

Roskes Wort, daß es keine absolute Freiheit gäbe und daß die Freiheit der regierenden Rechtssozialisten anders aussehen müsse, als das Freiheitsideal der demokratischen Stammtische, findet also hier wieder seine Bestätigung. Nur darf man neugierig sein, wie sich die „Münchener Post“ und die Leitung der rechtssozialistischen Partei in München, die in so scharfer Weise gegen die bayerische Regierung wegen des Verbots der Revolutionsfeier aufgetreten sind, mit ihren Freunden in dieser selben Regierung auseinandersetzen werden.

Die nachfolgende Meldung beweist zu allem Überflus, daß nicht nur der rechtssozialistische Minister des Innern, sondern das ganze Ministerium an dem Verbot der Versammlungen unter freiem Himmel und der Demonstrationen teilgenommen hat:

München, 2. November.

Die Korrespondenz Hoffmann meldet amtlich: Vom Reichswehr-Gruppenkommando 4 wird im Einverständnis mit dem Mi-

nisterrat zu der Bekanntmachung vom 31. Oktober 1919 betr. Revolutionsfeier erklärt verfügt:

1. Der Abschluß der Feiern hat am 9. November oder an anderen Tagen spätestens bis Eintritt der gesetzlich eintretenden Polizeistunde zu erfolgen.

2. In dem schon bisher bestehenden Verbot von Versammlungen unter freiem Himmel und Demonstrationen wird nichts geändert.

3. Die Versammlungsgenehmigungen sind von den bekanntgebenden Militärstellen einzuholen.

#### Der Streik der Metallarbeiter.

In Kellers Festhalle, Stöppenstr. 1, tagte gestern die Generalversammlung der Berliner Metallarbeiter. Die ordentlichen Punkte der Tagesordnung wurden zurückgestellt. Es wurde nur Stellung genommen zu den von den Unternehmern vorgeschlagenen Arbeitsausnahmebedingungen. Nach dem Bericht der Verhandlungsteilnehmer Müller und Busch wurde die Redezeit beschränkt, um recht vielen Teilnehmern der Generalversammlung die Möglichkeit zu geben, der Versammlung ein Stimmungsbild des Betriebes zu entrollen. Sämtliche Redner lehnten die von den Unternehmern vorgeschlagenen Arbeitsausnahmebedingungen entschieden ab.

Die Fortsetzung der Generalversammlung findet heute, am Montag, 9 Uhr vormittags, in der Hofbrauerei, Fiedrichstraße, statt. Die Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Metallarbeiterverbandes.

Die Generalversammlung kam nicht zum Abschluß, ein Beschluß wurde nicht gefaßt. Aber die Stimmung der Versammlung gestattete keinen Zweifel über den weiteren Verlauf der Verhandlungen. Alle Diskussionredner lehnten in der geistigen Haltung des Ansinnes der Unternehmer mit Entrüstung und Entschiedenheit ab. Die Fortsetzung der Versammlung am heutigen Vormittag wird kein anderes Bild zeigen.

Inzwischen werden die Streikenden durch die Post mit den Aufforderungen der Unternehmer zur Aufnahme der Arbeit überschüttet werden. Was ihnen damit zugemutet wird, ist schwarzer Betrug, Ausbrot! Es ist der letzte Streich der Unternehmer. Verlagt er, dann ist der Erfolg der Arbeiter sicher. Er wird verlagen, wenn jeder einzelne seiner Sache sich selbst trenn bleibt. Er wird verlagen, denn jeder Arbeiter wird die Annahme der Scharfmacher als Schmach empfinden. 160 000 Metallarbeiter haben seit mehr als vier Wochen ausharrt im harten Kampf. Diese Tat wird nicht zurückgeben werden, weil die Unternehmer durch beschwerliche Redungen an die Schwäche des einzelnen appellieren. Es darf kein Schwanken geben. Nur die Metallarbeiter gilt nur das Wort und der Ruf der Streikleitung und der Generalversammlung, nicht die unehrenhaften Zumutungen der Klassenfeinde des Proletariats.

#### Von den bolschewistischen Fronten.

Delsingfors, 1. November.

An der Petersburger Front hat die Nordwest-Armee westlich Anosowe eine kleine Fortschritt gemacht. Die russische Armee besetzte die Bahnhöfe Marienhausen und machte 200 Gefangene. An der Kareliken Front nahm die Gefechtsstärke zu.

Der Chef der britischen Militärmission, General March reiste nach Helsinki zu Beratungen mit dem Chef der englischen Flotte, Admiral Coban; er wird nicht nach Delsingfors zurückkehren. Dem zum Chef der Entente-Mission in Finnland ernannten französischen General Kiesel wurde der Chef der englischen Abteilung, General Turvet, unterstellt. Zum Stab Judensicht wurde der englische General Gatin kommandiert. Die Abkündigung des englischen Generals und die Unterstellung der englischen Mission unter den französischen Chef ist auf Reinwaschereigenschaften Englands und Frankreichs in der baltischen Politik zurückzuführen, woraus hier gefolgert wird, daß die Handelspolitik eine Umkehrung im russischen Sinne erfahren wird.

#### Das Befinden des Genossen Haase.

Am Sonntag morgen betrug die Temperatur des Patienten 37,4. Das Allgemeinbefinden war verhältnismäßig gut, wenn auch der bedenkliche Zustand des Genossen Haase nicht beiläufig war. Sonntag nachmittag ist indes eine neue Verschlechterung des Befindens eingetreten. Das Fieber lies wieder auf 39,4.

#### Die Arbeiterräte in England.

Die englischen Gewerkschaften sind von jeher in ihrem Organisationsgebaren sehr konservativ gewesen. Neuerungen konnten sich in ihnen nur sehr schwer durchsetzen. Aber die letzten Jahre haben doch auch in England das Tempo der sozialen Umgestaltung sehr beschleunigt, die Arbeiter radikalisiert, die Gewerkschaften vorwärts getrieben und zur Bildung von Einrichtungen geführt, die den Zweck haben, den Einfluß der Arbeiterschaft auf Betriebsführung und Arbeitsverhältnisse zu erhöhen. Ueber diese Einrichtungen, die mit unierten Arbeiterräten manche Ähnlichkeit haben, unterrichtet ein Artikel, den die holländische kommunistische Zeitung „Tribune“ veröffentlicht und dessen Angaben sich auf eine Schrift des englischen Publizisten G. D. S. Cole stützt. Die nachfolgende Darlegung folgt diesem Artikel. Er zeigt, daß die Arbeiterräte in England aus der gewerkschaftlichen Zersplitterung erwachsen sind und daß gegenwärtig ihre Hauptbedeutung auch nur in der Schaffung einer neuen Form der Gewerkschaftsorganisation besteht.

In England ist die offizielle Gewerkschaftsbewegung außerordentlich zersplittert. Im Jahre 1916 waren es nicht weniger als 1115 Vereine, darunter befinden sich solche, die Hunderttausende, und andere, die nur einige zehn Mitglieder zählen. Dazu kommt ferner eine auch heute manchmal noch sehr klare Trennung zwischen geschulten und ungeschulten Arbeitern, die teilweise besondere Organisationen haben.

Die Entwicklung des Kapitalismus macht diese Zersplitterung immer unhaltbarer. In einer Anzahl von Berufen, und gerade in den hauptsächlichsten, ist mit mehr oder weniger Erfolg auch die Vereinigung der beruflich gleichen Schichten zu Föderationen und die Verschmelzung beruflich verschiedener Schichten zu Industrieverbänden geschehen.

So haben 800 000 von den 860 000 in 68 Gewerkschaften organisierten Bergarbeiter sich zu einer Föderation vereinigt (Miners Federation of Great Britain) und 200 000 von den in 50 Gewerkschaften organisierten 341 000 Transportarbeitern sich zu einer anderen Föderation (National Transport Workers' Federation) zusammengeschlossen. Ebenso die Eisenbahner und die Transportarbeiter zusammen zu dem Dreieinigkeit, dem außer den 800 000 Bergarbeitern und 400 000 Transportarbeitern auch 300 000 Eisenbahner, insgesamt also 1 1/2 Millionen Mitglieder angehören.

Dieser Dreierbund ist gebildet in Berufen, in denen der Unterschied zwischen geschulten und ungeschulten Kräften stets gering war und seit Jahren und Jahrzehnten bereits kein Hindernis für den organisatorischen Zusammenschluß der Arbeiter mehr bildet. Viel schwieriger wird die Gründung eines solchen Industrieverbandes in Berufen mit scharfer Trennung der gelernten und ungelernen Arbeiter, wie in der Metallindustrie. In dieser Industrie mit ihrer gewerkschaftlichen Zersplitterung ist die Bewegung, die wir als Rätebewegung bezeichnen, zuerst entstanden und am vollkommensten entwickelt.

Bereits in den Jahren vor dem Kriege kannte man verschiedene Gewerkschaftsbeamten, die den Namen von Shop-Stewards (wörtlich: Shop-Stewards = Betriebsfunktionäre) trugen und denen verschiedene Tätigkeiten, wie das Kontrollieren der regelmäßigen Beitragsleistung unter den Mitgliedern und andere Kontrolle derselben Art, oblagen. Viel mehr Bedeutung hatten vor dem Kriege diese Shop-Stewards nicht. Doch während des Krieges hat sich mit einer erstaunlichen Sammelkraft ihre Bedeutung verändert, vornehmlich durch die Veränderungen, die die Munitionsgewehr im Betriebsleben hervorriefen. Durch sie nahm die Anziehung der Arbeiter zu, und da sich die Gewerkschaften als zu schwerfällige Instrumente erwiesen, um der Bewegung unter den Arbeitern folgen zu können, machten sich neue Organisationsformen nötig. Die neue Bewegung begann in der Metallindustrie an der Clyde, der Gegend von Glasgow, wo der am meisten vorwärtstrebende Teil der englischen Arbeiter liegt.

Sie machte die Bewegung unter den Arbeitern es notwendig, daß die Bezirkskomitees der verschiedenen Gewerkschaften mehr Shop-Stewards ernannten. Aber neben diesen offiziellen Beamten wählten die Arbeiter, ohne die Gewerkschaftsautoritäten zu Rate zu ziehen und ohne Beachtung der verschiedenen Gewerkschaftsteilung, auch ihre eigenen Delegierten. Ganz schnell vereinigten sich beide Arten von Shop-Stewards zu Arbeiterkomitees und wählten Vorsitzende, Sekretäre usw. Nach dem Clyde-Streik vom Februar 1915 entwickelte sich das Streikkomitee in Verbindung mit den immer mehr auftauchenden Arbeiterkomitees

teich zu einem Komitee für den ganzen Industrie-Bezirk, und dieses wurde langsam zu einer zentralen Organisation aller Betriebe in der Metallindustrie des Bezirkes.

Dieses Vorbild wurde in der Metallindustrie von einer Anzahl von Städten nachgeahmt. Überall entstanden Arbeiterkomitees oder Shop-Steward-Komitees, die die Arbeiter vertraten, ohne Personifizierung nach Gewerkschaften oder nach Geschlecht oder Ungleichheit, und dies blieb die Bewegung nicht allein unoffiziell, sondern lieber noch offiziell. Daher ist es angebracht, den Namen Shop-Steward nicht durch Betriebsfunktionär, sondern durch Betriebsdelegierten wiederzugeben.

Der Kampf der Arbeiter wurde gerade durch die nicht anerkannten Komitees von Arbeiterdelegierten getragen. Beachtung verdient ferner, daß die Aktion für die Shop-Stewards nicht wie in Deutschland gegen die Gewerkschaften, sondern in den offiziellen Gewerkschaftsorganisationen stattfindet. Die Arbeiter bleiben in den Gewerkschaften.

Es sind schon Anstrengungen gemacht worden, um die Anerkennung der Shop-Stewards zu erreichen. In Coventry (Mittelengland) hat nach einem Streik im Dezember 1917, der dadurch entstand, daß eine Firma sich weigerte, die Shop-Stewards ihrer Arbeiter anzuerkennen, eine Konferenz stattgefunden, an der der Unternehmerverband und die Gewerkschaften in der Metallindustrie teilnahmen. Obwohl die mächtigste Gewerkschaft der Metallarbeiter (Die Amalgamated Society of Engineers) nicht darauf einging, ist dort den einzelnen Shop-Stewards eine beschränkte Anerkennung zuteil geworden. Von Anerkennung der Shop-Steward-Komitees war keine Rede.

Seitdem hat in mehreren Städten weniger oder mehr eine Anerkennung Platz gegriffen, und in Coventry ist im Jahre 1918 eine zeitlich sogar befriedigende Lösung gefunden worden.

Um zu begreifen, daß zwischen den Gewerkschaften und den Shop-Steward-Komitees Gegensätze bestehen, muß man beachten, daß die Bemühungen, zur Einheit in den Gewerkschaftsvorständen zu kommen, von zwei Seiten ausgehen: von den Anhängern der Berufs- oder Gewerbeverbände und den Anhängern der Industrieverbände.

Die Befürworter der Berufsverbände wollen entweder nur die geschulten, d. h. die gelerntten Arbeiter organisieren — das ist ein überholter Standpunkt, da jetzt schon hunderttausende ungeschulte Arbeiter in den Gewerkschaften organisiert sind —, oder sie wollen mindestens eine Scharung zwischen den Organisationen von geschulten und ungeschulten Arbeitern machen.

Demgegenüber vertreten die Befürworter der Industrieverbände die Vereinigung aller Arbeiter einer Industrie zu einer großen Organisation, die geschulte und ungeschulte Arbeiter umfaßt.

In der Shop-Steward-Bewegung sind die meisten Anhänger der Industrieverbände. Es gibt in der praktischen Auswirkung ihrer Ideen natürlich noch einige Unterschiede. Eine große Anzahl von ihnen begehrt nichts weiter als eine große Organisation in ihrem Beruf. Verschiedene gehen indes viel weiter: sie wünschen die Vernichtung des kapitalistischen Systems und seine Ersetzung durch eine Gesellschaft, in der die industriellen Organisationen die wirtschaftliche und politische Macht haben. Die Propaganda des französischen und amerikanischen Syndikalismus, die vor dem Kriege, vor allem unter der Führung von Tom Mann, eifrig betrieben wurde, hat Einfluß auf sie ausgeübt.

Unter ihnen sind wieder einige, die die vollständige Vernichtung des Klassenstaates verlangen, das sind die Marxisten.

Andere Industrieverbände wünschen nicht die ganze Vernichtung des Staates, sondern leben mehr Heil in einer Kooperation zwischen Staat und den erneuerten Gewerkschaften.

Diese neuen Trade Unions, aus den alten durch die Industrievereinigung entstanden, nennen sie „Guilds“, und diese „Guilds“ werden die ganze Industrie regeln. Sie sind die Guild-Sozialisten. Beide Gruppen von Revolutionären: Marxisten und Guild-Sozialisten spielen in der Shop-Steward-Bewegung eine einflussreiche Rolle.

Die theoretischen Betrachtungen über die Rolle der Shop-Steward-Bewegung haben noch nicht zu einer Uebereinstimmung geführt. Ausgearbeitet hat u. a. N. T. Murphy in einer Broschüre „The Workers Committee“ die Rolle des Shop-Steward-Systems. Er sieht darin eine ganz neue Form der Gewerkschaftsorganisation, die viel demokratischer als die alte Form ist, und direkt auf der Massenbewegung selbst basiert. Die Arbeiter in dem Betrieb wählen ihren Delegierten und ihre Betriebskomitees, die sich zu Arbeiterräten vereinigen, die die Betriebskomitees von einem ganzen Betrieb vertreten. Darüber steht das Arbeiterkomitee aller Räte in einem Distrikt, darüber ein aus allen Bezirken gewählter Nationaler Rat, darüber hoffentlich wieder eine internationale Organisation. Trotz dieses ganzen Uebergebildes aber soll die Entscheidung in den Händen der Arbeiter bleiben, bei der Masse selbst. Die Masse selbst muß handlen.

Die Shop-Steward-Bewegung ist nicht auf die Metallindustrie beschränkt geblieben. Sie ist übergegangen auf die Lederindustrie, die Textilindustrie, die Holzbearbeitung. Doch die Form ist, in der das System der Arbeiterräte in Großbritannien sich einbürgert, ist sehr wahrscheinlich. Denn der Artikel schließt: „Es geht allein in der bekannten englischen Weise: keinen Schritt ohne feste Uebereinstimmung, ohne einen Vorschlag als Fels unter sich zu haben. Keine Beine in die Luft — aber auch nicht in den Schlamm.“

### Ein Triumph der Arbeitszeitverlängerung.

#### Günstiger Stand der Kohlenförderung in England.

H. N. London, 2. November.

„Daily Herald“ weist darauf hin, daß trotz der Einschränkung der Arbeitszeit der Bergarbeiter die Steinkohlen-erzeugung fast gleich geblieben ist, nämlich 4 700 000 gegen 4 800 000 Tonnen wöchentlich. Es kann daher mit einer Jahres-erzeugung von 245 Millionen Tonnen gerechnet werden, während die Einschätzung von Auslastung und Lloyd George höchstens 200 bis 210 Millionen Tonnen beträgt. Daher besteht kein Grund, eine Verlängerung einzutreten zu lassen, und es wird möglich sein, die Ausfuhr sich wieder aufzunehmen.

# Stellungnahme zum Parteitag.

## Generalversammlung des Bezirksvereins Berlin der U. S. P. D.

Am gestrigen Sonntag tagte in der Böhm-Trauererei die Generalversammlung des Bezirksvereins Berlin der U. S. P. D., um zum Parteitag Stellung zu nehmen. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende Genosse Krause mit warmen Worten der Symbolie des leidenden Genossen Saase und sprach ihm im Namen der Anwesenden deren lebhafteste Teilnahme aus. Dann ging Genosse Krause zu den einzelnen Fragen über, die die Generalversammlung zu beschäftigen hätten, die Frage des Parlamentarismus, der Internationalen und der Gewerkschaften. Er schilderte die verschiedenen Meinungen, die augenblicklich in der Partei über diese Fragen herrschen. Er führte dazu aus, daß es in der Gewerkschaftsfrage nur den einen Weg geben könne, die Gewerkschaften nicht zu zerreißen. Er verwies dabei auf den Metallarbeiterverbandstag in Stuttgart und folgerte daraus, daß der Geist der Revolution in die Gewerkschaften hineingetragen werden müsse. Die Bestrebungen der Kommunisten auf Zerreißen der Gewerkschaften durch Gründung von Betriebsorganisationen seien aus schärfster Zurückweisung.

Zu den vorliegenden Anträgen bemerkte Genosse Krause, man müsse dahin arbeiten, daß Berlin auf dem Parteitag wenigstens einseitig vertreten sei. Genosse Krause begründete dann selbst einen Antrag des 16. Distrikts, der eine Umwandlung des Parteiprogramms der Partei in revolutionärem Sinne verlangt, als Hauptprogramm und Mittel zur Durchföhrung des Sozialismus das Rätekystem erklärt und die Parlamente als Mittel zum unvermeidlichen Bedenken und unter Abrechnung jeder Kleinigkeit anerkennt.

Genosse Rosenfeld begründete hierauf in längeren Ausführungen einen Antrag der siebenten Abteilung des 11. Distrikts, der ebenfalls eine Veränderung des Revolutionsprogramms vorschlägt. Der Redner beschäftigte sich in seinen Ausführungen hauptsächlich mit der Frage der Diktatur der Arbeiter und meinte, daß diese Frage gar nicht hätte gestellt werden dürfen. Die Haupt- sache sei, daß eine erfolgreiche Revolution durchgeführt werde, dann brauche man nicht zu untersuchen, ob wirklich 51 Prozent aller Erwachsenen wirklich für die Diktatur sei. In seinen weiteren Ausführungen bekannte er sich zum Antiparlamentarismus, zweifelt aber selber an dessen praktischer Durchführbarkeit. In den Parlamenten mit bürgerlicher Mehrheit sei eine positive Mitarbeit abzulehnen, dagegen sei es in den Parlamenten oder in den Kommunen, in denen unsere Partei die Mehrheit habe, unsere Aufgabe, Modifikationen für das revolutionäre Proletariat zu schaffen.

Genosse Denser erwiderte dem Vordrner, daß er in dessen bildreichen Ausführungen keine Grundfähigkeit erblicken könne, sondern, daß dieser Standpunkt auf eine glatte Negierung aller Mitarbeit hinauslaufe. Wo praktische Arbeit geleistet werden könne, müssen wir das schon heute tun. Es ist unsere Pflicht, die anderen zur Arbeit in unserem Sinne heranzuziehen. Das Proletariat hat alle Mittel zu benutzen. Ich lehne auch auf dem Boden des Rätekystems, aber ich bin nicht dafür, daß die Gewerkschaften zerstückelt werden, sondern dafür, daß sie auf den Boden des Klassenkampfes zurückgeführt werden. (Beifall.) Der Rätekern muß die Zukunft vorbereiten, damit bei der Ueberrahme der politischen Macht die Organisation fertig in die Schranken tritt. Er biliet, den Antrag des 11. Distrikts abzulehnen.

Genosse Herdt wies ebenfalls die Uebertreibungen des Genossen Rosenfelds zurück und bewies an einzelnen Beispielen die Wichtigkeit der Mitarbeit in den Deputationen und Kommissionen. (Beifall.)

Genosse Kleinschmidt meinte, wer den Grundgedanken des Rätekystems erfasst habe, für den gebe es kein einzelnes oder kein anderes Mittel in der Taktik der Partei. Es sei eine verkehrte Auffassung, daß wir uns die Masse durch den Antiparlamentarismus entfremden würden, im Gegenteil, wir würden sie uns gewisser machen. (Beif.) Die entscheidende Frage sei, Erhaltung und Festhalten in einer Hand zu vereinigen, anders würde es niemals gehen. Kleinschmidt glaubte, daß nicht alle im Saale des Rätekerns herrschen können, und erregte damit große Beifertel. Die wirtschaftliche Erlassung der Arbeiterkraft sei die Hauptfrage, dann habe man auch die Einheit. (Beifall.)

Genosse Winkelschetter sprach im gleichen Sinne; er lehnte eine Beteiligung an den Parlamenten rundweg ab.

Genosse Ledebour führte im wesentlichen aus: Ich freue mich über die Konsequenz der beiden Vordrner. Wir können mit der rechtssozialistischen Partei kollektionsmäßig kein Bündnis eingehen. (Sehr richtig!) Etwas anderes ist es, auf die rechtssozialistischen Arbeiter einzumirken, damit wir sie zu uns herüberziehen. Wir wollen das Proletariat in seinen tatsächlichen Elementen zusammenfassen. Die Partei als solche, die sich die Führung von Scheidemann, Ebert, Noske und Helldorfer gefallen läßt, kann natürlich nicht mehr als Bündnispartner in Frage kommen. Nun zur Frage.

Sollen wir uns an den Parlamenten beteiligen,

sollen wir darin mitarbeiten? Man kann die Parlamente nicht mit den Räten vergleichen. Und ich lehne auf dem Standpunkt, daß wir die Diktatur des Proletariats schreiben müssen vermittels der Betriebsorganisation. Wenn wir eine Betriebsorganisation für ganz Deutschland erobert haben, ist daneben kein Raum mehr für die jetzt mächtig bestehenden Parlamente; solange wir aber nicht die Möglichkeit einer idealen Vertretung der Arbeiterschaft haben, solange können wir uns nicht selbst aus den Parlamenten auscheiden. Ich weiß, daß dort viel Komödie gespielt wird. Ich habe es als meine Tätigkeit angesehen, das Komödientenspiel die Vorde zum Gesicht zu reihen, und das ist mir auch sehr oft gelungen. Die Massen müssen zur Rätekategorie werden. Ein Mittel, die Arbeiter für die Räte zu schulen, für die Arbeit, die dort zu leisten ist, ein solches Mittel, das ist Wahl unserer Genossen in allen öffentlichen Körperchaften. Es muß alles gelernt werden, auch die praktische Vertretung im öffentlichen Leben muß gelernt werden. (Sturmt: Wirtschaftliche Schulung.) Aber schlichte denn das eine das andere aus?

Wir müssen größere Arbeitsstellung vornehmen. Es ist ein Fehler, auf die Hauptes einziger Genossen als Arbeit abzuwälzen. Wir müssen eine große Anzahl Genossen ins öffentliche Leben stellen, damit wir für die Betriebsorganisation geschulte Kräfte haben. Genosse Ledebour schilderte kurz die Entwicklung des Parlamentarismus und erklärte, daß man das bei uns bestehende alle parlamentarische System nicht als Parlamentarismus bezeichnen dürfte. Er führte dann weiter aus: Ich bestreite auf das entschiedenste, daß die Tätigkeit in den Parlamenten hemmend auf das revolutionäre Feuer hinwirkt. Ich kann da auf mich selbst vorweisen. Der Sturm der Aktion-Abkehr und der Spaltung ist das Bedenken, alles auszuhebeln, was nicht auf einem bestimmten Standpunkt steht. Jeder Genosse ist entwicklungsfähig, genau wie die Partei entwicklungsfähig ist.

fähig ist. Wie leiden geradezu an einem Mangel an parlamentarisch geschulten Kräften. Das ist meine Ueberzeugung seit dem 9. November und seit dem 5. Januar. (Beifall.) Die Grundidee des Parlamentarismus ist doch die, daß alle öffentlichen Angelegenheiten nicht hinter verschlossenen Türen, nicht in geheimen Konsultationen, sondern vor aller Öffentlichkeit beraten werden sollen. Wir dürfen das Mittel des Parlamentarismus nicht aus der Hand geben, wir dürfen auch nicht die Mitarbeit ablehnen, das ist eine Schädigung unserer Klassenossen. Entgleisungen erleben wir auch außerhalb der Parlamente. Wir müssen jedes Mittel, also auch dieses zur Revolutionierung der Massen benutzen. (Beifall.)

Genosse Wilhelm sprach ebenfalls für die Beteiligung am Parlamentarismus und der Mitarbeit in ihnen.

In der nun folgenden Abstimmung wurde der vom Genossen Rosenfeld begründete Antrag der 7. Abteilung des 11. Distrikts abgelehnt. Der Antrag des 16. Distrikts wird in seinem ersten Teil, der die Beteiligung am Parlamentarismus als Mittel des revolutionären Proletariats gutheißt, angenommen. Der zweite Teil des Antrags, der keine Beteiligung an der Mitarbeit will, wird abgelehnt.

Das Abstimmungsergebnis wurde von der Versammlung beifällig begrüßt, alle anderen Anträge waren damit erledigt.

Die Versammlung schritt nun zur Beratung der Anträge über die Internationalen.

Dazu lagen Anträge des 4., 5., 6., 7., 11., 12., 16. und 17. Distrikts vor. Zuvörderst wurde von dem Vordrner des Parlamentarismus erklärt, daß sich die Parteidelegierten durch die Beschlüsse der Generalversammlung nicht gebunden erklären könnten. Diese Auffassung wurde von dem Genossen Herdt bekämpft. Genosse Ledebour wandte ein, daß nachdem die Distrikte die Wahlen bereits vorgenommen hätten, eine formelle Bindung an die Beschlüsse der Generalversammlung für die Delegierten nicht bestehen könne. Eine absolute Bindung liege bei Überhaupt nicht durchzuführen. Die Delegierten hätten das Recht und die Pflicht, nach bestem Wissen und Gewissen die Meinung ihrer Wähler zu vertreten. Eine feste Bindung der Delegierten würde den Parteitag ja überflüssig machen, und man könnte alles schriftlich erledigen. Der Parteitag bringe ja nach ausgiebiger Debatte oft erst die Richtung wichtiger Fragen. Es wurde dann von dem Genossen Ledebour ein Antrag eingebracht, der die Bindung der Parteitagdelegierten ablehnt. Dieser Antrag wurde von Ledebour bekämpft, da die Bindung ja nicht verlangt worden sei. Der Antrag wurde daraufhin zurückgezogen.

Genosse Krause begründete hierauf einen Antrag des 16. Distrikts, wonach der Parteivorstand mit der Opposition mit allen Ständen in Verbindung zu treten hat Zweck Gründung einer Internationalen des revolutionären Proletariats. Der Vordrner zur zweiten Internationalen soll von der Partei abgelehnt werden. Genosse Krause führte dazu aus, daß die dritte Internationale für uns nicht bindend sein könne wegen der wirtschaftlichen Struktur der östlichen Länder. Wir müssen uns mit den revolutionären Kräften der Weltmächte zu einer neuen revolutionären Internationalen vereinigen. Das sei die Aufgabe der unabhängigen Partei.

Genosse Ledebour begründete in längeren Ausführungen die Resolution des 12. Distrikts: Wir haben es nicht nötig, die rechtssozialistische Partei bloßzuföhren. Das hat sie selbst gründlich bejodert. Ich habe es schon als einen neuen Irrtum betrachtet, daß wir nach Luzern gegangen sind. Hätte ich nicht hinter verschlossenen Türen gefesselt, so hätte ich damals Einspruch dagegen erhoben. Die ganze sachliche Begründung geht davon aus, daß man doch mit dem Proletariat der Weltmächte zusammenarbeiten möchte. Wir haben keine internationale. Weder die Moskauer, noch die Genfer Internationale entsprechen den Anforderungen, die wir an die Internationalen stellen. In den Fragen der inneren Politik brauchen wir keine Einmischung der Internationalen, das könnte uns störend wirken. Genosse Ledebour vertrieb auf dieser Stelle auf die Bekredungen der russischen Kommunisten die deutsche unabhängige Partei zu stellen und bezeichnete es als ganz verfehlt, innere Parteianglegenheiten von außen regeln zu lassen. Genosse Ledebour fuhr fort: Den Kampf in allen Ländern zu organisieren zum Sturze des Kapitalismus der ganzen Welt — das ist die Bedeutung der Internationalen. Eine andere Bedeutung kann sie nicht haben. Die Genfer Internationale hat für uns das Charakteristische, daß sie sich nicht auf den Boden der Betriebsorganisation stellt. Wenn wir uns in Genf zusammenfinden mit den Rechtssozialisten aller Länder, schädigen wir unser Ansehen bei dem revolutionären Proletariat der ganzen Welt.

Auch die Moskauer haben sich leider mit dem Geist der Zimmerwalder Bewegung in Widerspruch gesetzt. Die deutsche Unabhängige Partei ist nicht nach Moskau eingeladen worden, angeblich, weil wir keine revolutionäre Partei seien. Die russischen Genossen haben aber gewußt, daß die Unabhängige Partei die Trägerin des 9. November und der einschneidenden revolutionären Bewegung war. Die Moskauer Internationale ist auch ihrem ganzen Charakter nach eine Seite und nicht eine internationale Organisation, die die Aufgabe erfüllen kann, die wir von ihr verlangen. Auch unter formaler Beifertel wäre daran nichts ändern. Wir sind leider noch nicht so weit, daß wir einen einheitlichen Kampf für den Sozialismus in allen Ländern führen können. Rußland konnte auf Ungarn nicht retten.

Genosse Ledebour äußerte auf einen Zwischenruf, daß er die terroristischen Mittel der Bolschewiki nicht bejodere, daß aber die Frage der inneren Kämpfe der Bolschewiki nicht anzuföhren sein könne bei der Beurteilung der internationalen Organisation. Wenn wir terroristische Mittel billigen, fuhr er fort, dann schädigen wir uns selbst alle Mittel aus der Hand, mit denen wir gegen den Sozialismus kämpfen. Eine Diktatur mit terroristischen Mitteln, da wird das Wort Cabourg zur Wahrheit, daß mit dem Belagerungsstand jeder Kette zerbrechen kann. Cabourg hat es allerdings etwas anders ausgeführt. Ich bekämpfe den Terrorismus grundsätzlich im Interesse der Volkspartei wie im Interesse des ganzen revolutionären Proletariats. Die Moskauer Genossen haben die Bildung einer internationalen Internationalen als Bedingung, indem sie eine internationalen Organisation suchen. Wir haben in gar keine Möglichkeit, uns mit den Moskauer Genossen an den Konferenzen zu beteiligen. Es wäre also lediglich ein theoretischer Akt. Deshalb muß der Parteitag aufgehoben werden, mit den Kommunisten in Moskau Stellung zu nehmen. Wir müssen vorbereitende Schritte tun zur Herstellung einer Internationalen der Zukunft. (Beifall.)

Genosse Herdt sprach für den Einspruch an die dritte Internationale und verteidigte unter dem Widerspruch der Versammlung den Terrorismus der Bolschewiki.

Genosse Schmelzer erklärte, daß die Resolution des 11. Distrikts, die sich für die dritte Internationale ausspricht, nach einem Referat des Genossen Schmelzer angenommen worden war. Er glich aber diese Resolution annehmen bei dem Ledebour beabsichtigen zurück, da er jetzt erklären habe, daß der Genosse Schmelzer in seinem Referat nicht abgelehnt werden sei.

Genosse Wolf vom 4. Distrikt sprach für den Einspruch an die Moskauer Internationale.

Genosse Roth sprach die Resolution des 7. Distrikts zugunsten der



